

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

23.6.1884 (No. 18)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-994415](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-994415)

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Oldenburger Landeszeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M.
Inseratenpreis für die 4 Spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Deutsch-freisinniges Organ für das Großherzogthum Oldenburg.

Redaction: Saarenstraße 55. Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 18.

Montag, den 23. Juni

1884.

Abonnements-Einladung.

Abonnements auf die wöchentlich sechsmal erscheinende

„Oldenburger Landeszeitung“

werden für das dritte Quartal schon jetzt von allen Postanstalten und Landbriefträgern, in der Stadt Oldenburg von der Expedition, Mottenstraße 1, und von den Zeitungsanstalten entgegengenommen und möglichst bald erbeten.

Neu eintretenden Abonnenten wird der bisher veröffentlichte Theil des Romans „Das Fräulein von Birkenweiler“ von A. Lütkensburg gegen Einsendung der Abonnementsquittung gratis und franco nachgeliefert. Die in der Stadt Oldenburg neu hinzutretenden Abonnenten erhalten vom Tage ihrer Anmeldung an bis zum Schluß dieses Monats die „Oldenburger Landeszeitung“ täglich unentgeltlich ins Haus geliefert.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt einschließlich Bestellgeld nur 2 Mf. 40 Pf.; bei Aufgabe von Annoncen wird die viergespaltene Zeile oder deren Raum mit nur zehn Pfennig berechnet, bei Wiederholungen und größeren Aufträgen wird entsprechender Rabatt gewährt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Juni. 38. Sitzung.

Das Haus tritt zunächst in die Berathung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs für 1882/83 ein. Abg. Richter-Hagen erbittet Auskunft über einige Etatsüberschreitungen bei den Ausgaben für die Cadettenanstalten. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf und Geh. Kriegsrath Gadow ertheilen dieselbe dahin, daß die Zahl der Pensionäre mit voller Pension um 289 vermindert sei, daß aber 100 Pensionäre mit ermäßigter Pension neu aufgenommen seien, um die Cadettenanstalten zu füllen. Abg. Richter-Hagen erklärt eine solche Vermehrung der Stellen für unzulässig, da hierzu die Genehmigung des Reichstages notwendig sei. Es sei hier wieder einmal das Recht des Hauses verletzt worden. Er werde deshalb die nachträgliche Genehmigung dieser Etatsüberschreitung nicht bewilligen. Abg. v. Minnigerode erkennt an, daß hier eine Unregelmäßigkeit vorliege, trotzdem werde er die Etatsüberschreitung genehmigen. Abg. Richter bringt ferner einige Etatsüberschreitungen aus dem Postetat zur Sprache, so z. B. die Stillvertretungskosten und die Ausgaben für Dampfersubventionen und aus Telegraphenverträgen. Abg. Windthorst beantragt, die betr. Positionen an die Kommission zurückzuverweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Das Haus setzt darauf die zweite Berathung der Unfallversicherung fort und erledigt in rascher Folge die Paragraphen, welche von den Schiedsgerichten handeln. Eine Debatte knüpft sich nun daran, ob auch die Betriebsbeamten, namentlich die Obersteiger und Steiger in den Bergwerken als Arbeiterbeisitzer des Schiedsgerichts gewählt werden dürfen.

Hiergegen macht namentlich der ultramontane Abg. Stöbel erhebliche Bedenken geltend. Die Arbeiter würden einer solchen Zusammensetzung der Schiedsgerichte mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen. Einen Antrag behält er sich für die dritte Lesung vor. Die Socialdemokraten ziehen ihre sämtlichen noch vorliegenden Anträge zurück, weil sie gegenüber der nun einmal bestehenden Coalition doch nicht auskommen könnten. Für die dritte Lesung kündigt ferner der Abg. Lohren zu §. 51 einen Antrag an, wonach die Unfallanzeige nicht an die Ortspolizei, sondern bei dem Genossenschaftsvorstande gemacht werden soll. Eine längere Debatte knüpft sich an den §. 63., welcher gegen die Entscheidung der Schiedsgerichte nur den Rekurs an das Reichsversicherungsamt zulassen will, während von deutsch-freisinniger Seite die Zulassung des Rechtsweges beantragt wird.

Abg. Dr. Gutfleisch (deutsch-freis.) rechtfertigt diesen Antrag, der davon ausgehe, dem Arbeiter ein objectives Gericht und dadurch die Garantie einer gerechten und unparteiischen Rechtssprechung zu sichern. Staatssekretär v. Bötticher kann die Argumentation des Vorredners nicht als richtig zugeben. Eine ganze Reihe von Streitigkeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts sei den ordentlichen Gerichten bereits entzogen und besonderen Gerichten überwiesen und gerade bei der Unfallversicherung habe es einen Vorzug, die Entscheidung in die Hand von Männern zu legen, welche aus dem praktischen Leben hervorgegangen seien. Er bitte es deshalb bei dem Vorschlage der Regierung, resp. der Commission zu belassen. Nachdem Abg. Dr. Frege (conservativ) sich in demselben Sinne ausgesprochen, erklärt Abg. Eberty, daß er und seine Freunde das Schiedsgericht als

erste Instanz genau so wollen, wie die Vorlage. Der Punkt, um den es sich hier handle, sei für den Arbeiter in einem hohen Grade wichtig. Die Regel sei, daß über Ansprüche des Privatrechts der ordentliche Richter zu entscheiden habe und daß Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Das Gefühl der Rechtssicherheit werde bei den Arbeitern, nach Ablehnung des Antrages Barth, nicht steigen. Abg. Dr. Windthorst: Ihm sei der Ausschluß der ordentlichen Gerichte ebenso sympathisch, wie dem Vorredner, und er gebe zu, daß das Reichsversicherungsamt nicht mit Rücksicht auf diesen Zweig seiner Thätigkeit werde zusammengefaßt werden. Allein es komme hier auch die Kostenfrage in Betracht, und es komme darauf an, daß der Rekurs, der den Arbeitern gegeben werden solle, nicht zu theuer werde. Es dürfte indessen gerathen sein, für die dritte Lesung zu erwägen, ob es nicht wohlgethan wäre, einen Antrag einzubringen, daß das Reichsversicherungsamt für diesen Zweck um einige juristische Elemente zu vermehren sei. Dieser Ausweg würde ihm sehr sympathisch sein. Abg. Gysoldt (deutsch-freis.) empfiehlt den Antrag Barth; derselbe wird indessen abgelehnt und §. 63 unverändert angenommen, ebenso die §§. 64-68.

§. 69 ordnet die Auszahlung der Entschädigungen vorzugsweise durch die Postverwaltungen an. Die Abgeordneten Dr. Barth und Genossen beantragen die Streichung dieses Paragraphen. Abg. Schrader (deutsch-freis.) rechtfertigt diesen Antrag. Die Beteiligte der Post involvire ein Geschenk an die Großindustriellen von mehr als einer Million Mark, einmal durch den Erlaß der Zinsen und ferner durch die unentgeltlich geleistete Arbeit. Dazu komme, daß man der Post Geschäfte übertrage, welche nicht für sie passen und die Verwaltung schädigen. Abg. Richter (Hagen) sieht sich veranlaßt, als Mitglied der Budgetcommission darauf zu verweisen, daß man hier ohne Noth den Großindustriellen ein Geschenk von 1 Million mache, während sich die Finanzlage des Reichs um 16 Millionen verschlechtert habe. Staatssekretär v. Bötticher: Weshalb solle das Reich zu einer großen politischen Maßregel nicht aus eigener Tasche einen solchen Beitrag geben? Er bestreite, daß dieser Beitrag zu Gunsten der Großindustriellen gegeben werde. Man habe auch eine große Anzahl von kleinen Betrieben, welche Nutzen von dieser Maßregel haben. Abg. Richter (Hagen): Das Reich hat gar keine eigene Tasche, es greift nur in die Tasche der Steuerzahler. Sie wollen Zufriedenheit stiften und thun das Gegentheil. Das ganze System wird in kurzer

Das Fräulein von Birkenweiler.

Roman von A. Lütkensburg.

(Fortsetzung.)

Es waren keine angenehmen Vorstellungen, welche der Freiherr sich machte, wenn er des Momentes gedachte, wo er gezwungen sein würde, seiner Gemahlin dieses Kind gegenüberzustellen. Er kannte ja ihren Jähzorn. Im Geiste sah er das schöne, gleichmäßige Gesicht sich verändern, wie er es nur zu oft gesehen, und unwillkürlich blickte er zu dem Kinde hinüber, welches bestimmt war, die schlimmsten und gefährlichsten Eigenschaften seiner Gemahlin in wilder Leidenschaft zu entflammen.

Er fühlte eine Regung des Mitleids. Das Kind sah bleich aus, nur die Augen waren vom Weinen geröthet und es lag etwas unendlich Nührendes in dem feinen, heblischen Gesichtchen.

Der Freiherr hatte in diesem Moment in der That den festen Willen, Helene zu schützen und sie ihrem Stande gemäß zu erziehen. Später würde sie dann mit dem kleinen Reichthum, den ihr die Mutter hinterlassen, noch eine anständige Partie machen können. Aber nicht einen Augenblick konnte er nur daran denken, das Kind in seine ihm gebührenden Rechte einzusetzen. Die Eröffnung eines zweiten Testaments mußte unter allen Umständen verhindert und Helene durfte niemals mit dem alten Fräulein bekannt werden. Weiter erstreckten sich seine Gedanken und Betrachtungen vorläufig nicht, er war gewohnt, seine Gemahlin für sich handeln zu lassen.

Die Dämmerung war schon hereingebrochen, als die Equipage des Freiherrn, welche er vom Bahnhofe aus requirirt hatte, sich langsam den Schloßberg hinaufbewegte. Noch immer war kein Laut über des Kindes Rippen gekommen, obgleich es seit dem Morgen noch nichts genossen hatte und es hungerte. So wenig der Freiherr, dessen lebhaft beschäftigter Geist ihn die Bedürfnisse des Körpers vergessen ließ, daran gedacht hatte, sich zu stärken und zu erquicken, so wenig war es ihm auch eingefallen, für das Kind zu sorgen. Endlich fuhr der Wagen in den Schloßhof. Die Dienerschaft eilte herbei, den Herrn in Empfang zu nehmen, und wenige Minuten später stand Helene mütterseelenallein in dem Vorzimmer der Freiherrin von Birkenweiler.

Das Kind stand zitternd und athemlos, das kleine Herz war so heillos und von einer leidenschaftlichen Sehnsucht nach der

toten Mutter ergriffen. Sonst hatte es in dieser Stunde auf dem Schooß der Mutter gelegen, das Köpfchen an deren treue Brust geschmiegt und war so eingeschlafen. Dann hatte Marianne wohl die Kleiden losgenestelt und ihrem Lieblichen das Nachthemdchen angezogen, ohne daß Helene aus ihrem tiefen, festen Schlaf erwacht war, und am Morgen fand sie sich dann in dem weichen, warmen Bettchen und das Antlitz der Mutter bereits wieder über sich gebeugt.

Daran dachte sie und dann schloß sie unwillkürlich die Augen. Doch plötzlich fuhr sie wieder auf, sie hatte eine schrille, zornige Stimme gehört, Töne und Laute, wie nie dergleichen ihr Ohr erreicht hatten.

„Unmöglich! Ein Comödiantenkind! Es sollte mit Margot erzogen werden — mit meinem Kinde die gleiche Luft athmen? Nie — nie werde ich das zugeben.“

Helene verstand die Worte nicht, aber sie fühlte instinctiv, daß es sich um ihre kleine Person handelte, und daß ein „Comödiantenkind“ gewiß etwas sehr, sehr Schlechtes sei — das Wort war mit dem höchsten Ausdruck von Verachtung ausgesprochen. Sie horchte mit geschärften Sinnen.

„Ich fürchte, Du wirst in diesem Falle gezwungen sein, Deine Abneigung zu überwinden,“ entgegnete eine nicht minder scharfe Stimme. „Du bist ja sonst gewohnt, die Klugheit über Deine Leidenschaften zu stellen. Wenn Du willst, wird Niemand ahnen, wer diese kleine Person ist, die ich unserem Kinde zur Gesellschaft mitgebracht habe. Tante Caroline weiß vermuthlich, oder vielmehr sie weiß sicher nicht, daß ein Kind von Paul existirt, und wenn ich ihr Mariannens Todenschein bringe, so wird sie auf die Eröffnung des zweiten Testaments Verzicht leisten, die ja nicht allein nutzlos sein würde, sondern auch ein zweifelhaftes Licht auf den Namen von Birkenweiler werfen würde. — Du weißt, daß Tante Caroline wenigstens die Manie besitzt, denselben zu schonen. Ich hoffe, die ganze Angelegenheit wird sich für uns noch günstig erledigen.“

„Aber warum hast Du das Geschöpf hierher gebracht?“ entgegnete die erste Stimme, freilich in bedeutend gemäßigterem Tone. „Du hättest ihm irgendwo ein Unterkommen verschaffen sollen und das Kostgeld bezahlen.“

„Und würde Advocat Reinking mir in diesem Falle die Sorge für das Kind überlassen haben? Nur durch den Schein von Wohlwollen und Uneigennützigkeit konnte ich sein Vertrauen gewinnen.“

Dagegen ließ sich wohl nichts einwenden, denn es wurde plötzlich drinnen still, wiewohl Helene noch eifrig sprechende Stimmen hörte. Die Angst des Kindes hatte ihren Höhegrad erreicht und es brach in ein leises, krampfhaftes Schluchzen aus. Wenige Minuten später wurde die Seitenthür des Vorzimmers aufgerissen und eine hohe Frauengestalt erschien auf der Schwelle. Ihre blickenden Augen trafen das Kind und einen Augenblick machte sie eine Bewegung, als wolle sie zurückweichen.

Das war Pauls Kind, des Mannes, den diese kalte, hartherzige Frau einzig und allein, aber mit der verzehrenden Leidenschaft geliebt hatte. Und als diese Liebe ver schmäh't, in den Staub getreten war, da fand sich nichts, als ein ausgebrannter Vulcan, auf welchem keine edlere Regung mehr gedeihen konnte.

Dennoch glimmte wohl ein Funken unter der Asche, und wer weiß, wenn des Kindes Augen und Gehör oder auch nur ein Zug des süßen Gesichtchens an den Vater einknert hätte, ob dieses Funken nicht im Stande gewesen wäre, eine neue heilige Gluth zu entfachen. Aber nicht eine Aehnlichkeit mit seinem verstorbenen Vater hatte das Kind gemein, weder die Augen, noch das blonde Haar erinnerten an ihn, sie waren ein Erbtheil seiner kranken Mutter, der Frau, die Melanie von Birkenweiler um Alles verlor hatte, was ihr vielmehr begehrens- und schätzenswerth in der Welt erschienen wäre.

Hoch loberte der Zorn in der stolzen, hochmüthigen Frau auf, in ihren Augen glühte es unheimlich. Nun war die weiche Regung vorbei, denn sie gedachte der bittersten Stunde ihres Lebens, wo sie hatte erkennen müssen, daß eine Comödiantin sie besiegt. Die Farbe fehrte in ihre Wangen zurück und mit raschem Schritt näherte sie sich dem Kinde, es umfaßt bei der Hand ergreifend. Zudem sie dann in das bleiche, verweinte Gesichtchen blickte, lachte sie spöttisch auf und blickte den Gatten an, der noch auf der Schwelle stand.

„Das Ding scheint sehr verwöhnt, Franz, und ich glaube, es ist eine schwere Last, die Du mir aufgebürdet hast. Aber ich will mich meiner Aufgabe nach besten Kräften zu entledigen suchen — ich will nur hoffen, daß das Kind sich nicht widerspänstig zeigt und mir dieselbe erschwert. Die Ankunft dieses unwillkommenen Gastes wird eine gänzliche Revolution in unseren stillen, geregelten Haushalt bringen, wenn sich nicht ein anderer Ausweg finden läßt.“

(Fortsetzung folgt.)

Zeit sistirt werden durch einen finanziellen Krach. § 69 wird genehmigt und ist dadurch der Antrag Dr. Barth erledigt. Die §§ 70—77 werden unverändert genehmigt.

Die folgenden Paragraphen bis § 86 werden ohne Debatte angenommen und zwar § 75 unter Ablehnung eines Antrages Barth, wonach die Genossenschaftsvorstände an die Postämter nebst den liquidirten Beträgen die Zinsen für dieselben und eine Vergütung für die Mithaltung der Postbehörden zu zahlen haben.

§ 87 handelt von der Einrichtung des Reichsversicherungsamtes. In dasselbe sollen nach der Vorlage von den nichtständigen Mitgliedern vier vom Bundesrath aus seiner Mitte und je zwei von den Genossenschaftsvorständen und von den Vertretern der versicherten Arbeiter aus ihrer Mitte in getrennter Wahlhandlung unter Leitung des Reichsversicherungsamtes gewählt werden. — Abg. Dr. Ebert führt aus, daß das Reichsversicherungsamt zu viele Functionen zu versehen habe, so daß den Berufsgenossenschaften kaum noch der Charakter als Selbstverwaltungsbehörde gewahrt bleibe. Die ganze Substitution sei gerichtet gegen die Privathätigkeit im Versicherungswesen und ziele darauf ab, das ganze Versicherungswesen zu verstaatlichen. Staatssecr. v. Bötticher tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Warum seien trotz der ergangenen Aufforderung keine Anträge auf Einschränkung der Competenzen des Reichsversicherungsamtes gestellt? Abg. Schrader: es sei von der Stellung solcher Anträge abgesehen, weil bei der ganzen Organisation der Berufsgenossenschaften die weitgehendsten Competenzen nothwendig sein. Inwiefern diese Behörde unabhängig sein solle, sei noch nicht gesagt. — Director des Reichsamtes des Innern Bosse: die Stellung des Reichsversicherungsamtes werde der Stellung entsprechend sein, welche andere Selbstverwaltungsbehörden mit Verwaltungsgerichten und administrativen Aufgaben einnehmen. § 87 wird in der Commissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 88—96.

In den § 97 wird auf einen Antrag Barth die Bestimmung aufgenommen, daß Unfallversicherungsverträge, welche von Unternehmern der unter das Gesetz fallenden Betriebe mit Versicherungsanstalten abgeschlossen sind, von beiden Theilen mit der Maßgabe gekündigt werden können, daß sie mit dem Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen; vorausbezahlte Prämien sind für die noch nicht abgelaufene Zeit anteilig zurückzuerstatten. Ein Zusatzantrag des Abg. Barth, daß im Falle der Kündigung seitens des Versicherungsnehmers 20 pCt. der vorausbezahlten Prämien für bereits aufgewendete Verwaltungskosten verfallen sollen, findet nicht die Majorität. Der Rest des Gesetzes gelangt ohne Verhandlung zur Annahme. — Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Actiengesetz.

Zum kirchlichen Umschwung in Preußen.

Aus dem hinterlassenen Werke des Geheimen Rathes Bluntschli „Denkwürdiges aus meinem Leben“ theilen wir noch die folgenden Aufzeichnungen mit, als von einem Manne ausgehend, der den kirchlichen Verhältnissen Preußens in den 70er Jahren sehr nahe stand.

19. Juli 1872. Archidiaconus Schiffmann aus Stettin war in Heidelberg bei Holzmann mit mir zusammen. Er ist der Meinung, Hoffmann wolle zum Schluß noch das Ziel seines langjährigen Strebens, die hierarchische Herrschaft mit Entfernung der protestantischen Pfarrer, erreichen; er wisse wohl, daß das System wohl fallen werde, wenn der Kronprinz zur Regierung komme. Ich bin der Meinung, daß Hoffmann ein Hofmann ist und Zugeständnisse machen wird, wenn er muß. Er ist kein Fanatiker der Orthodoxie, wenn gleich hart und zähe wie die Schwaben. Die politische Lage erträgt diese Herrschaft nicht. Bismarck kann sie nicht zugeben, während er Rom den Krieg erklärt; er bedarf der liberalen Allianz.

Der Kaiser freilich wird diese Sachlage schwerer verstehen. Schiffmann hat wohl darin Recht, daß er sagt: „Man kann dem Kaiser nicht mit theologischen Motiven beikommen, da hält er sich an die Rathgeber der Kirche und diese behaupten, das Kirchenrecht erfordere die Strenge.“ Aber der Kaiser ist eine gerechte Natur und er begreift die politischen Interessen; er weiß, daß es seine Pflicht ist, preussische und deutsche Politik zu treiben, und wird sich überzeugen, daß Preußen heute keine Politik à la Wöllner, sondern eine Politik im Geiste Friedrichs des Großen verlangt.

22. Juli 1872. Heute theilt mir Herrmann mit, daß er mit dem Minister Falk in Leipzig zusammengetroffen sei, und dieser ihm formell die Stelle eines Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths angetragen habe. Auch der Kaiser wünscht ihn. Er ist noch zweifelhaft; aber er wird annehmen, wenn er einigermaßen auf Erfolg hoffen kann. Er verlangt eine Synodalverfassung und eine freiere Behandlung der kirchlichen Fragen; keine Verfolgung der protestantischen Geistlichen. Ich denke, das wird er durchsetzen, da Falk entschlossen ist und offenbar der Kaiser es auch wünscht. Bedenklicher für ihn ist es, daß die Richtung, zu welcher er die Hand bieten kann, hinter Manchem zurückbleiben wird, was über kurz oder lang als unabweisliche Forderung sich geltend machen dürfte. Indessen es ist so hohe Zeit, daß die Berliner Kirchenleitung ein Ende nehme, daß er schwerlich der Pflicht sich entziehen kann, für die Besserung einzustehen. Er hat bei Falk auf Veranlassung tüchtiger Theologen gedungen und Holzmann und Hausrath in Vorschlag gebracht. In Baden ist Herrmann offenbar freier geworden.

14. August 1873. Herrmann war hier aus Berlin. Er erzählte mir von den aufreibenden Kämpfen, die er durchgemacht habe, namentlich in der Sache von Sydow. Sein Hauptinteresse war natürlich die Kirchenverfassung. Sie ist nun im Entwurf fertig, von dem Oberkirchenrath angenommen, von dem Minister Falk gutgeheißen, und erwartet nur noch die Sanction des Kaisers. Sie ist das eigenste Werk Herrmann's. Noen und Bismarck waren nicht geneigt, das Werk zu fördern; sie wollten keine General-Synode, nur

Landes-Synoden und Provinzialkirchen. Herrmann verbat sich aber das Einschreiten des Gesamtministeriums. Schwierig ist es, die eingerissene Anarchie und den Eifer selbstherrlicher Pastoren zu bewältigen. Endlich kommt doch eine Wendung zum Durchbruch.

Der Hof wollte durchaus Sydow abgesetzt wissen. Hoffmann kämpfte bis zum äußersten für die Absetzung und stellte dieselbe geradezu als Pflicht gegen Christus und die Unangreifbarkeit der christlichen Religion hin. Es war nicht leicht, eine Majorität dagegen zu schaffen. Dorner half als theologische Autorität und als Freund von Herrmann, während Twisten für Absetzung sprach. Der Kaiser vollzog widerwillig, aber pflichtgetreu den (die Absetzung ablehnenden) Beschluß (des Oberkirchenraths); er handelte wieder als Ehrenmann. Herrmann hat sich doch ausgezeichnet gehalten in der schweren Zeit. In Berlin wirkte der Name des Protestantenvereins wie ein rothes Tuch auf den Bullen; die Leute kommen außer sich. Er habe große Mühe gehabt, als er erklärte, daß er die Farbe des Protestantenvereins ebenso wenig für entscheidend betrachte, als die Farbe der lutherischen Pastoren-Vereine, sondern sich erst den Mann besche, für solche Unbefangenheit Verständniß zu finden.

24. Juli 1877. Herrmann aus Berlin war bei mir. Er erzählte mir seine Kämpfe und seine wiederholten Entlassungsgesuche an den Kaiser, als dieser sich durch die Bestürmungen des Hofpredigers Kögel und die orthodoxen Hofeinklässe bewegen ließ, Hegel (Hegel war in einem Immediatschreiben vom 23. Februar 1877 um seinen Abschied eingekommen, welchen dann der Kaiser durch allerhöchsten Bescheid vom 12. Juni ablehnte) im Amt zu halten und dadurch das Werk Herrmann's zu erschüttern. Dem Kaiser gingen diese Dinge sehr nahe. Er ist hier mit dem Herzen engagirt und überzeugt, er habe einen Fehler gemacht, als er sich bewegen ließ, Sydow im Amt zu halten. Aber er wollte auch nicht in die Entlassung Herrmann's willigen und drang sehr ernstlich in diesen, zu bleiben. Er schrieb ihm eigenhändig, um ihn zu überzeugen, daß er ihn nicht verlassen dürfe. Er komme sonst in den falschen Schein, daß er die Kirchenverfassung bereue. Auch Falk und Bismarck suchten ihn zu halten, um ein Abbröckeln zu vermeiden. Am verkehrtesten hatte der Protestantenverein in Berlin gehandelt. Sie hatten den Orthodoxen die Macht in die Hände gespielt und den Kaiser tief verletzt. Herrmann konnte nicht gehen, aber er erbat sich einen längeren Urlaub und stellte späteres Gehen in Aussicht. Er ist entmuthigt durch die Berliner Erfahrungen.

Ueber den Antrag auf Abschaffung des Apostolikums schreibt Holzmann am 2. Juli an Bluntschli: „Die Berliner Freunde sehen jetzt selbst ein, daß es besser gewesen wäre, meinen Rath zu befolgen und jegliche neue Aktion zu unterlassen, so lange der Kaiser lebt. Hätten sie sich das apostolische Plaisir geschenkt, so wäre jetzt Hofbach Superintendent, während es ihm, wie die Dinge liegen, leicht an die Cristen gehen kann.“

5. Januar 1880. Gestern Gespräch mit Herrmann über die kirchlichen Zustände Preußens, insbesondere über den Fall Hofbach. Der Kaiser fürchtete wirklich das Schlimmste, wenn nicht in den Kauf des Glaubens mit dem Unglauben energischer eingegriffen und der Prediger Hofbach auch von seinem Amte entsetzt werde. Offenbar betrachtet er die Kirche wie das Heer als einen Körper, der von oben her regiert werden müsse, und wo der Gehorsam gegen die obere Autorität Pflicht Aller sei. Die Aechtheit, der heilige Ernst seines Individuums weckt Ehrfurcht und Liebe. Immerhin kann der Kaiser in kirchlichen Dingen, ohne verantwortliche Minister, tiefer als oberster Bischof eingreifen; aber die Gefahr muß er doch beachten. Er hat es auch schließlich gethan; aber die Gefahr lag sehr nahe, daß der persönliche Wille des Kaisers für den Präsidenten und den Oberkirchenrath auch da bestimmend werde, wo sie als Richter selbstständig urtheilen sollten.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag hat in seiner Sonnabendssitzung die zweite Lesung des Unfallversicherungsgesetzes beendet. Im Wesentlichen sind alle Bestimmungen des Gesetzes nach den Vorschlägen der Commission angenommen worden und zwar gegen die Stimmen der Deutsch-freimüthigen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten. Conservative und Centrum wurden bei allen Bestimmungen von Nationalliberalen kräftig unterstützt. Die Nationalliberalen haben bei dieser Gelegenheit deutlich zu erkennen gegeben, was ihre neuerliche Parole „auf der ganzen Linie avanciren“ zu bedeuten hat. Sie haben sich ausgesprochenemmaßen in erster Linie davon leiten lassen unter allen Umständen das Gesetz zu Stande zu bringen; ob dasjenige, was zu Stande gebracht wird, auch wirklich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist, davon haben sie in einer der Regierung bis aufs Aeuzerste entgegenkommenden und selbstverleugnenden Art abgesehen. Die nationalliberale Partei wird sich nach diesen Bestimmungen nicht zu wundern brauchen, wenn diese Beweise ihrer arbeitervriendlichen Gesinnung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht unbeachtet bleiben.

Die Börse ist in der Form, wie sie jetzt erregt hat, wird, wie jetzt mit Bestimmtheit angenommen werden kann, dem Reichstage gar nicht mehr zugehen. Man wird also bis zum Beginn der nächsten Reichstagsession in Ruhe abwarten müssen, was die Vorlage in der Form, wie sie jetzt aus den Beratungen des Bundesraths hervorgegangen ist, nach Gebühr zu kritisiren und wenn die Reichsregierung auf derartige Kritiken etwas geben sollte, wird sie ebenfalls Zeit genug haben, das Gesetz, bevor sie dasselbe an den Reichstag bringt, einer nochmaligen Aenderung zu unterziehen. Daß dieses Gesetz dem nächsten Reichstage zugehen wird, darüber bestehen gar keine Zweifel, und sollte die Börse in der Zwischenzeit allen ihren Einfluß mobil machen, die Vorlegung

des Gesetzes zu hinterreiben, der Reichskanzler wird sich durch nichts beirren lassen, und von der Vorlegung desselben nicht Abstand nehmen. — In Betreff des Actienrechtsgesetzes sind jetzt Unterhandlungen im Gange, dasselbe im Plenum en bloc anzunehmen. Wir glauben jedoch, daß diese Bestrebungen an dem Widerstand der Freimüthigen und Centrumpartei scheitern werden. Bekanntlich genügt der Widerspruch eines Abgeordneten, um die en bloc-Annahme zu verhindern.

Der Budgetcommission des Reichstages ist eine Zusammenstellung der Ergebnisse des Reichshaushalts vom Etatsjahr 1883—84 zugegangen, und zwar nur derjenigen Ausgaben und Einnahmen in abgerundeten Beträgen, welche auf das Abschlußergebniß des Reichshaushalts von Einfluß sind. Die an die einzelnen Bundesstaaten zur Ueberweisung gelangenden Zoll- und Steuerbeträge belaufen sich an Zöllen und Tabaksteuer auf 72,665,000 Mk., gegen den Etat weniger 6,751,000 Mk., an Stempelabgaben 13,094,000 Mk., gegen den Etat mehr 983,400 Mk., zusammen 85,759,000 Mk., gegen den Etat weniger 5,767,000 Mk. An fort-dauernden Ausgaben erforderten einen Mehrbetrag die Positionen: Reichstag 35,000 Mk., Auswärtiges Amt 345,000 Mk., Marine 352,000 Mk., allgemeiner Pensionsfonds 195,000 Mk. Im Ganzen verringerten sich die Ausgaben gegen den Vorschlag um 1,731,000 Mk. Die einmaligen Ausgaben sind überschritten bei dem Reichsheer um 1,683,000 Mk., bei der Marine 7000 Mk., bei dem Reichschahamt um 222,000 Mk., bei der Reichsschuld um 98,000 Mk., bei der Eisenbahnverwaltung um 419,000 Mk., zusammen um 2,167,000 Mk. Im Ganzen sind die Ausgaben unter Abzug der Winderansätze überschritten um 436,000 Mk. Mehreinnahmen wurden erzielt bei der Salzsteuer gegen den Vorschlag 1,025,000 Mk., bei der Brausteuer 1,716,000 Mk., bei der Wechselstempelsteuer 277,000 Mk., der Ueberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung beträgt 441,000 Mk., der Eisenbahnverwaltung 444,000 Mk. Mehreinnahmen wurden erzielt beim Bankwesen 423,000 Mk., durch verschiedene Verwaltungseinnahmen 439,000 Mk., durch Zinsen aus belegten Reichsgeldern 643,000 Mk. Die Summe der Einnahmen betrug 450,673,000 Mk. (weniger 1,469,000 Mk.), die Summe der Ausgaben 452,578,000 Mk. (weniger 436,000 Mk.), mithin Fehlbetrag 1,905,000 Mk.

Aus München wird von neueren Bemühungen um Regelung der bayerischen Erbsolgefuge berichtet. Das bayerische Volk bedauert bekanntlich die Sucht des Königs nach Einsamkeit, und gerade dieses, sowie auch der Umfang der Aufwendungen zu Bauzwecken wird mit der ange deuteten Frage in Verbindung gebracht.

Wie aus Paris gemeldet wird, will der französische Ackerbauminister in nächster Zeit dem Ministerrath einen Gesetzentwurf wegen Erhöhung des Einfuhrzollses für Rindvieh unterbreiten. Da der deutsche Markt in hervorragender Weise Frankreich mit Schlachtwieh und Fleisch versorgt, so ist die in Aussicht genommene Erhöhung des Viehzollses für unseren Vieh- und Fleischhandel von besonderer Bedeutung. Bekanntlich ist ja bei der Einführung der Schutzölle von der officiösen Presse und den schützöllnerischen Agrariern und Industriellen stets betont worden, daß nicht die einheimischen Consumenten, sondern die ausländischen Producenten den Zoll zu tragen hätten. Ist diese Ansicht richtig, dann haben im vorliegenden Falle auch nicht die französischen Fleischverzehrer, sondern unsere deutschen Viehzüchter den erhöhten Zoll zu tragen, was speciell unsere oldenburgischen Landleute um so mehr betrifft, als sie zum weitaus größten Theile einen Vortheil aus den für die preussischen Großgrundbesitzer berechneten Getreidezöllen nicht genießen, wohl aber bei ihren Viehverkäufen den vom Auslande erhobenen Zoll zu tragen haben. Allen Zollserhöhungen deutscherseits pflegen die Zollserhöhungen des Auslandes auf dem Fuße zu folgen. In diesem Falle sehen unsere Viehzüchter recht deutlich, wem die diesseitigen Zölle zu Gute kommen und wer die Nebanche-Zölle des Auslandes zu tragen hat.

Nach den heute vorliegenden Nachrichten soll die ägyptische Conferenz am 28. ds. in London zusammentreten. Sowohl im englischen wie im französischen Parlament werden heute diesbezügliche Eröffnungen der betr. Regierungen erwartet. Die deutsche Regierung hat bereits mit den Cabineten von Wien, Petersburg und Rom Verhandlungen über diesen Gegenstand angeknüpft.

Das Repräsentantenhaus in Washington hat eine Bill angenommen, welche die Einführung ausländischer, zur Arbeit in den Vereinigten Staaten contractlich verpflichteter Arbeiter (Tagelöhner) verbietet. Der Zweck dieser Bill ist, die Einführung organisirter Gruppen ungarischer, polnischer, italienischer und anderer Arbeiter zu verhindern, durch deren Concurrenz die Löhne vermindert werden. Die Bill hat keinen Bezug auf Contracte mit gewerblichen Arbeitern, Schauspielern, Sängern und Vorlesern.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Juni. Der Kaiser begab sich am Freitag Mittag von Ems aus nach Koblenz zum Besuch der Kaiserin und kehrte nach mehrstündigem Aufenthalt nach Ems zurück. Wie aus Wien gemeldet wird, ist die übliche Zusammenkunft des Kaisers mit Kaiser Franz Josef für den 9. Aug. d. J. in Glatz in Aussicht genommen.

Prinz Heinrich von Preußen hat in dankbarer Erinnerung an gemeinsam erlebte Gefahren dem Buchhalter Gerhard in Bergedorf, welcher 1877 bis 1879 mit dem Prinzen zusammen auf der Korvette „Prinz Adalbert“ als Matrose diente, sein Portrait mit eigenhändiger Unterschrift zum Geschenk gemacht und dieses mit einem lebenswürdigen Schreiben, von der Villa Carlotta bei Potsdam aus, begleitet.

Wie verlautet, wird das Reichsversicherungsamt aus Herrn Geheimrath Bödiker, 3 Räten und 20 Subaltern-

beamten bestehen. Für die Unterbringung der neuen Reichsbehörde ist bereits das in der Wilhelmstraße gegenüber dem Reichsamt des Innern gelegene Bleichröder'sche Haus in Aussicht genommen.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Fürst Bismarck hatte, nachdem die übrigen Gäste der parlamentarischen Matinee sich zurückgezogen, noch eine längere Unterredung mit den Nationalliberalen Abgg. Gneist und Schläger. Die Herren blieben auf besondere Einladung bis gegen 3 Uhr bei dem Reichskanzler. Ueber diese Unterredung, der auch der Finanzminister v. Scholz in einer gewissen Entfernung beiwohnte, verlautet folgendes: Fürst Bismarck sprach zunächst über rein familiäre Angelegenheiten, er betonte, daß er sich freue, daß Graf Herbert, um dessen staatsmännische Ausbildung sich ja Professor Gneist so verdient gemacht habe, so gut ein Schüler und ein so schneider Diplomat werde. Auch seinem zweiten Sohn, dem Grafen Wilhelm, der sich fleißig einarbeite, ertheilte der Fürst Lob. Dann wandte sich das Gespräch politischen Verhältnissen zu. Der Fürst berührte zunächst die vielbesprochene Angelegenheit der Verhandlungen über den Eintritt v. Bennigsen in das Ministerium, er ließ sich darüber etwa wie folgt vernehmen: „1878 habe er sehr gern mit den Nationalliberalen eine engere Verbindung schaffen wollen; er habe aber nur ein Ministerium offen gehabt und das habe er Bennigsen angeboten. Forderungen Ernennung zum Minister, welche die Nationalliberalen immer mehr vorgeschoben hätten, sei ihm absolut unmöglich gewesen, der Kaiser sei nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln. Auf das energischste bestritt der Fürst, das oft citirte Wort von den „An die Wand drücken der Nationalliberalen“ gesprochen zu haben, er habe sich weder dem Sinne noch der Fassung nach über die Nationalliberalen so ausgelassen. Zudem der Fürst die jetzigen Parteiverhältnisse beklagte, die ihm wenig sympathisch seien, kam er nochmals auf seine Stellung zu den Nationalliberalen zu sprechen. Die Nationalliberalen haben, so führte der Kanzler weiter aus, ihm damals (1878) das Leben recht schwer gemacht, indem sie ihm auf den verschiedensten Punkten Schwierigkeiten bereiteten. Letzteres sei besonders hervorzuheben, als er eine anderweitige Vertheilung der Ressortverhältnisse der Ministerien und die Schaffung des Eisenbahn-Ministeriums anstrebte. Damals hätten die Liberalen erklärt, daß auch die Kammern bei Regelung dieser Frage gefragt werden müßten. Er habe diese Ansicht nicht theilen können, er verweise nur jetzt auf die Verhältnisse in Belgien, das doch immer als ein parlamentarisch regiertes Musterland hingestellt werde, hier haben die neuen clerikalen Minister, ohne die Kammern zu fragen, Veränderungen in den Ressorts der einzelnen Ministerien vorgenommen, das Unterrichtsministerium eingehen lassen u. s. w. Der Fürst erinnerte sich, mit dieser seiner Ansicht sich im Einklang mit Professor Gneist befunden zu haben, der den Nachweis erbracht habe, wie es der Exekutive frei stünde, die Ministerien anderartig abzugrenzen, ohne die Kammern zu fragen, wenn nicht spezielle Gesetze dem entgegen ständen. Erst um 3 Uhr erreichte die animirte Unterhaltung ihr Ende und entließ der Fürst mit besonderer Liebeshwürdigkeit seine Gäste.

Nach einer Mittheilung, welche der Anwalt der deutschen Genossenschaften, Rechtsanwalt Schenk, machte, beträgt die Summe der bisher für ein Schulge-Delisch-Denkmal in Berlin eingegangenen Beiträge 65 000 Mk.; 120 000 Mk. sind erforderlich, um das Denkmal in der von vornherein beabsichtigten Weise herzustellen.

Nach von der „Zeff.“ eingezogenen Erkundigungen ist der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. Dr. Miquel nicht geneigt, ein neues Mandat für den Reichstag anzunehmen.

Durch Cabinetordre des Kaisers sind die Stabshauptboisten, Stabstrompeter und Stabshornisten in ein coordinirtes Verhältniß zu den Feldwebeln gestellt.

Wie in militärischen Kreisen verlautet, wird Anfang nächsten Monats in der österreichischen Grenzstation Dzwiecin ein sogenanntes Verbrüderungsfest zwischen Offizieren der österreichischen und preussischen Armee stattfinden. Zu diesem Feste, bei welchem über 300 Offiziere aller Waffengattungen erwartet werden, trifft man bereits große Vorbereitungen, da die beiderseitigen Kriegsministerien dazu namhafte Summen bewilligt haben.

In Dresden ist am Freitag der berühmte Maler Ludwig Richter, geb. am 28. Sept. 1803, gestorben.

Am 11., 12. und 13. September d. J. soll der deutsche Juristentag in Würzburg tagen. Die Tagesordnung bilden die Fragen über die Entschädigungspflicht für Wildschaden; die Grundzüge für den Fruchterwerb; die Haftung des Arbeitgebers für Verschulden seiner Arbeiter; die Regelung des Checkverkehrs und des Contocurrentverkehrs; Disciplinardorschriften der Börseordnung gegen Mißbräuche des Speculationsverkehrs in Zeitläufen; Gesetzesvorschriften für den Seetransport; die Berufung in Strassachen und Einführung der Regel der Beerdigung bei der ersten Vernehmung in Strassachen.

Bremen, 21. Juni. In der Zollanschlußfrage schreibt die „W. Z.“: Wie wir hören, hoffen die in Berlin befindlichen bremischen Commissare für den Zollanschluß, mit den Verhandlungen bis Ausgang nächster Woche zu Ende zu kommen. Bis jetzt liege aber noch keinerlei positives Resultat vor. Die hier gänzlich unverstandene Aeußerung eines Berichterstatters der „Köln. Ztg.“ über „Freihafen als Zollverleane“ oder „Freilager mit Freihafenbefugniß“ kann als vollkommenes Mißverständnis gelten.

München, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich trafen heute Vormittag mit der Erzherzogin Valerie hier ein und dinirten bei dem Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela. Der Kaiser reiste Abends nach Wien

ab, während die Kaiserin und die Erzherzogin Valerie in dem „Hotel zu den vier Jahreszeiten“ übernachteten und Morgen nach Jelsbasing zurückzukehren beabsichtigten.

Ausland.

Oesterreich. Wien, 21. Juni. Das „Fremdenblatt“ erfährt aus Marinekreisen, daß die Vermehrung der Kriegsfahrzeuge auf der Donau zu einer kleinen Donauflottille, wie sie andere Staaten auf ihren Hauptströmen besitzen, in Erwägung gezogen werde.

Lemberg, 21. Juni. Die Berichte über Wasserstand und Ueberschwemmungsschäden lauten fortwährend ungünstig, namentlich betreffs einzelner Gegenden am Dniester. In Krakau bildete sich ein Hilfscomité unter Vorsitz des Statthaltereiraths Grafen Wadeni, dessen Mitglieder sofort 6000 Fl. spendeten.

Frankreich. Paris, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte der Abg. Pleyre eine Interpellation über das Verbot der Stiergefächte ein; gegenüber der Behauptung, daß im südlichen Frankreich ohne Stiergefächte kein Fest recht gefeiert werden könne wies der Regierungsvortreter auf das widerliche Schauspiel hin, welches nicht im Einklang mit dem jetzigen Stande der Bildung stehe und verboten werden müsse. Bei der weiteren Verathung des Recrutierungsgesetzes nahm die Kammer ein Amendement an, wonach die in Algier ansässigen und naturalisirten Franzosen dort nur ein Jahr zu dienen brauchen, und beschloß mit 401 gegen 111 Stimmen Uebergang zur zweiten Verathung des Recrutierungsgesetzes. Der Senat verwarf bei der Bescheidungsdebatte ein Amendement, wonach geschiedene Gatten sich nicht sollten wieder verheirathen dürfen, wenn Kinder aus der Ehe vorhanden sind.

Gestern Nachmittag 1 1/2 Uhr erfolgte eine starke Gasexplosion auf dem Boulevard Malesherbes an der Ecke des Boulevard Hausmann in einer in Ausbesserung befindlichen Röhrenleitung. Die Flammen schlugen 8 Meter hoch empor und setzten die Vorderseite des Hauses und einen Baum in Brand. Der Schrecken in der Umgegend war groß. Spritzenleute und Soldaten schütteten Wasser und nasse Erde auf die Gasflammen. Es soll feststehen, daß der unterirdische Abzugs canal auf einer bedeutenden Strecke in Flammen stand und das ganze Quartier Pepinière in Gefahr schwebte. Die Explosion wurde durch einen Arbeiter verschuldet, der seine Pfeife in Brand steckte.

Niederlande. Haag, 21. Juni. Der Prinz von Oranien ist heute Nachmittag um 2 Uhr gestorben. Wilhelm Alexander Carl Heinrich Friedrich, geb. 25. August 1851, Sohn des Königs Wilhelm III. der Niederlande und der am 3. Juni 1877 verstorbenen Königin Sophie (Tochter König Wilhelm I. von Württemberg), nach dem Tode seines älteren, 1879 gestorbenen Bruders Wilhelm, Prinz von Oranien. Mathematische Thronfolgerin in den Niederlanden ist also nunmehr die am 31. Aug. 1880 geborene Prinzessin Wilhelmine.

Rußland. Petersburg, 22. Juni. Der König und die Königin von Griechenland und der Großherzog von Hessen nebst Familie haben Petersburg gestern verlassen. Der Finanzminister macht die am 18. d. M. stattgefundenen Vernichtung von 30 Millionen Rubel zeitweilig ausgegebener Schuldscheine bekannt. Oberst Paschkow und Graf Korff, welche für ihre von der orthodoxen Kirche abweichenden Glaubenslehren Propaganda machten und zu diesem Behufe eine Traktatgesellschaft gegründet hatten, wurden Landes verwiesen. Die Gesellschaft ist aufgelöst, ihre Traktate sollen verbrannt werden.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 23. Juni. Seine königliche Hoheit der Erbgroßherzog ist bereits am Sonnabend früh von Helgoland zurückkehrend wieder eingetroffen.

Mit dem 1. Sept. d. J. ist der Amtsauctuar z. D. Lauth zum Hypothekensachwalder in Virkenfeld und der Gerichtsschreiber beim Amtsgericht Virkenfeld und zum 1. Juli d. J. der Grenzaufseher Hack zu Brake zum Anlagepostenverwalter und Zollannehmer II. Klasse auf dem Huntewachschiff und der Grenzaufseher Tharks zu Blegen zum Zollannehmer II. Klasse ernannt.

Dem Garteninspector Dhrt in Oldenburg ist die Erlaubniß ertheilt den ihm vom Kaiser von Rußland verliehenen St. Stanislausorden III. Kl. anzunehmen und anzulegen. Diese Auszeichnung ist Herrn Dhrt zu Theil geworden in Anerkennung seiner Verdienste als Preisrichter auf der in diesem Jahre zu Petersburg abgehaltenen Internationalen Gartenbau-Ausstellung.

Am Freitag und Sonnabend vergangener Woche fand am großherzoglichen Seminar die zweite Prüfung evangelischer Volksschullehrer statt; wie wir hören, haben sämmtliche zehn Lehrer, die sich der Prüfung unterzogen, dieselbe bestanden.

Unsere in der letzten Nummer gebrachte Mittheilung betr. die dem Primaner Spilker von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog verliehene Rettungsmedaille haben wir dahin zu berichtigen, daß den Sp. diese Auszeichnung nicht, wie gemeldet, vor versammelten Lehrern und Schülern durch den Director der Anstalt, sondern durch einen Polizeidiener, überreicht worden ist, nachdem letzterer dem Sp. aus der Klasse auf den Flur des Gymnasiums hatte citiren lassen. Allerdings eine feltame Weise, jemandem eine ihm von Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog verliehene Auszeichnung zu übermitteln!

Die bekannte „Oldenburger-Dönsen-Affaire“ hat noch immer ihre Nachspiele in den Gerichtssälen der verschiedensten Theile Deutschlands; die Verhandlungen enden meist mit der Verurtheilung der angeklagten Redacteurs. So wurde auch am Donnerstag vergangener Woche von dem

Schöffengericht in Breslau der verantwortliche Redacteur der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung“, Dr. Franz Garthaus, wegen Beleidigung des Major Steinmann zu 900 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

In einer der letzten Nummern berichteten wir, daß die Pferdebahnen neuerdings in der Dfenerstraße auch über die Artillerie-Kaserne hinaus probeweise ohne Schienen fahren. Von Bewohnern jener Straße wird nun Klage geführt, daß diese Fahrten keine regelmäßigen sind und sie daher öfters vergeblich auf die Pferdebahnen am Ammerländischen Hofe warten müssen, um dann doch noch den Weg nach der Stadt zu Fuße anzutreten. Vielleicht lassen sich in dieser Beziehung, falls überhaupt jene Tour beibehalten werden soll, Vorkehrungen treffen, durch welche diesem Uebelstande abgeholfen wird.

Der gestrige erste Tag des Osterburger Schützenfestes war vom Wetter noch einigermaßen begünstigt. Auf dem Festplatze ist eine stattliche Reihe von Buden aufgeschlagen. Der Verkehr war in den Nachmittags- und Abendstunden ein sehr lebhafter.

Einem vielfach laut gewordenen Wunsche entsprechend wird die „Oldenburger Landeszeitung“ von jetzt ab in dem gegenwärtigen Format erscheinen.

Delmenhorst, 22. Juni. Wie alljährlich, wird am 24. d., am Johannistag, die hier noch bestehende Gilde „Polycarpi“ ihr Gildesfest feiern. Die Gilde führt ihre Entstehung auf die erste Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts zurück. Die aus dem Jahre 1632 stammenden Statuten bestimmen im Wesentlichen, daß die Gildemitglieder sich in jeder Weise, im Glück und Unglück, Noth und Gefahr, gegenseitig nach besten Kräften beistehen und unterstützen sollen. Die jährlich wiederkehrende Feier hat sich noch jetzt immer einer sehr regen Theilnahme von Alt und Jung zu erfreuen.

Jever, 21. Juni. Das Programm für die am 22. Juli d. J. in Jever stattfindende, von den vereinigten landwirthschaftlichen Abtheilungen Jeverlands veranstaltete Bezirks-Thierchau ist jetzt festgestellt. Die Ausstellung beginnt morgens 8 Uhr; die Preisrichter werden ihre Arbeiten bis 12 Uhr erledigen und dann die prämirten Thiere durch Anheften von Plakaten bezeichnen; um 2 Uhr Festessen im Hotel Buc (Preis des Couverts incl. Musik 3 Mk.); um 4 Uhr Verlesung der Prämien und Vorführung der prämirten Thiere; 5 Uhr Verloofung, und zum Schluß um 7 Uhr Beginn des Balles in Buc's Hotel. Zur Prämienkonkurrenz gelangen 1. Pferde, und zwar Saug- und Entersüllen, sowie 2 jährige Pferde; 2. Rindvieh, und zwar Stiere über 1 Jahr alt, Milchkühe, hoch- und niedertragende Kühe und Weester, güste 1 1/2 jährige und ältere Küder; 3. Schweine; 4. Schafe; 5. Loose von 3 Schweinen eines Wurfs; 6. Loose von 3 Schafen einer Zucht und 7. ganze Zuchten von Rindvieh, die mindestens aus 5 Stück (etwa 1 Stier, 2 Kühe und 2 Küder) bestehen müssen.

Bezüglich der Richtung der projektierten Amtshauschauffee Jever-Clevers hatte der hiesige Schützenverein vor kurzem eine Eingabe an den Amtsvorstand gemacht, wonach der Verein sich erbot, den durch den Schützenhofbusch führenden Weg unentgeltlich herzugeben, falls die Chauffee am Schützenhof vorbei gebaut werde. Wie wir jetzt hören, ist Aussicht vorhanden, daß dieser Wunsch des Vereins verwirklicht wird, denn man soll überhaupt beabsichtigen, bei dieser neuen Chauffee die vorhandenen Wege möglichst zu benutzen. Da der Schützenhof das am meisten frequentirte Sommerlokal bei unserer Stadt ist, so wird die in Aussicht stehende bessere Zuwegung zu demselben von zahlreichen Mitbürgern gewiß sehr gewünscht.

Denjenigen Personen, die besonders ein Interesse haben sollten an dem Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter wird noch einmal Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche über die Abänderung der Statuten der Gesellenkrankenkasse zu erklären, indem dazu von unserm Bürgermeister Hrn. Dr. Büsing ein Termin angesetzt wurde. Bisher haben die theilnehmenden Kreise allerdings eine ganz auffällige Gleichgültigkeit in dieser Beziehung bewiesen.

Vermischtes.

Hamburg, 19. Juni. Ende Juni wird in unserm Zoologischen Garten eine Walfisch-Ausstellung eröffnet werden. Zur Ausstellung gelangen Fanggeräthe aus alter und neuer Zeit, Schiffsmodelle von Grönlandfahrern und Hamburgischen Kriegsschiffen, welche letztere im 17. Jahrhundert die Nordfahrer auf ihren Reisen zum Schutz gegen Seeräuber zu begleiten pflegten, Bierathen aus Walfischknochen, bildliche Darstellungen aus dem Walfischfängerleben. Die technische Abtheilung der Ausstellung, welche Fischbeinarbeiten, Thranföten und Walfisch-Conserven umfaßt, wird von Hamburger, Berliner und Pariser Firmen reich beschickt werden.

Eine militärische Uebung bei elektrischem Licht. Aus Berlin schreibt die „Nat. Z.“: In der verflochtenen Nacht fand bei dem Vergnügungsort „Nichtelsberge“ im Grunewald ein interessantes Manöver statt. Gegen 11 Uhr unternahm das Kaiser-Franz-Garde-Grünadier-Regiment Nr. 2 eine Attaque auf einen martirten Feind und kurz nach Beendigung des Gefechtes ging das hier zu Uebungs-Uebungen befindliche 3. Corps der Sanitäts-Colonne vor, um das Schlachtfeld zu recognosciren. Zu diesem Behufe kam zum ersten Male das elektrische Licht in Anwendung. Auf einem mit Pferden bespannten Wagen, ähnlich wie der Exulteur bei der Feuerwehr befand sich der Motor zur elektrischen Beleuchtung und auf neun hohen Stangen waren Vogenlichtlampen angebracht, welche durch diesen Apparat gespeist werden konnten. Um diese Stangen nach beliebigen Richtungen transportiren zu können, wickelten sich Drähte, ähnlich wie die Schläuche bei Spritzen von einer Rolle ab, um den Lampen den elektrischen Strom zuzuführen. Der Erfolg war ein günstiger. Die Aerzte, Krankenwärter und Träger, 318 an der Zahl, konnten ganz deutlich die an den scheinbar Verwundeten resp. Todten angehefteten, auf Karten verzeichneten Messuren lesen und demnach den ihnen obliegenden Dienst verrichten. Dem militärischen Schauspiel wohnte eine große Zuschauermenge bei. Erst gegen 7 Uhr früh rückten die Mannschaften über Wilmersdorf, Schöneberg in ihre Quartiere wieder ein.

Neapel, 21. Juni. Der wegen Mordes zum Tode verurtheilte Soldat Misdea ist heute kriegsrechtlich erschossen worden.

Eine neue Hirsebreifahrt beabsichtigt der Pontonierverein von Zürich nach Straßburg zu veranstalten. 25 kräftige Züricher Pontoniere haben sich vorgenommen, in einem Tage von Zürich nach Straßburg zu fahren. Dies wird allerdings eine schöne Leistung sein. Doch meint „Der Bund“, annehmen zu sollen, daß eher das benachbarte Kehl als Straßburg das Ziel der Reise wird, denn der Graben, der die alte Reichsstadt mit dem Rhein in direkte Verbindung setzte, ist zugeschüttet, und den Zürichern wird nach einer so langen Fahrt nicht zuzumuthen sein, daß sie noch die Ill, von ihrer Einmündung in den Rhein bis nach Straßburg, hinaufrudern.

Ein Lager der Mammuthjäger in Mähren. Aus Neutitschein wird geschrieben: Professor Karl J. Mastka in Neutitschein hatte bereits vor zwei Jahren eine ausgedehnte Lagerstätte mit Herdplätzen der diluvialen Menschen bei dem Dorfe Przedmost in Mähren entdeckt und einen Theil desselben systematisch durchforscht. Den ausgehobenen Kalksteinbruch des dortigen Bürgermeisters Joseph Chromczek, unweit des Betschwafflusses, begrenzen nach allen Seiten hin mächtige Lösspartien, in denen circa zwei Meter unter der jetzigen Oberfläche eine dunkelgefärbte Kulturschicht zum Vorschein kam. Dieselbe bildete im Allgemeinen schmale, kaum zehn Centimeter hohe Streifen, erreichte jedoch an manchen Stellen eine Mächtigkeit von 40 bis 70 Centimetern. Eingebettet in der hauptsächlich aus Asche und thierischer Knochenkohle bestehenden Umhüllung, lagen in dieser Kulturschicht zunächst in großer Menge Reste verschiedener diluvialer Thiere, die meistens deutliche Spuren absichtlicher Zertrümmerung oder sonstiger Bearbeitung von Menschenhand trugen. Von den bisher festgestellten Thieren, als: dem Mammuth, Wolf, gemeinen Fuchs, Eisfuchs, Pferd, Reithier, Schneehasen, Bär, Vielfraß, Elenn, Auerochse, Rhinoceros, Löwen, Hyäne, Kolkraben und Schneehuhn, sind namentlich das Mammuth und der Wolf durch sehr zahlreiche werthvolle Reste vertreten. Vom ersteren sind die Kieferpartien eines Schädels mit acht Backenzähnen, ein prachtvoller, 1 1/2 Meter langer Stoßzahn, insbesondere aber mehrere, sehr kostbare Kieferfragmente und Milchzähne von jungen Mammuthferkeln hervorzuheben. Erste Milchmolaren des Mammuth, nur 14 Millimeter lang und 12.5 Millimeter breit, gehören sicherlich zu den größten Seltenheiten. Noch wichtiger und interessanter sind die vorgefundenen, nicht minder zahlreichen menschlichen Erzeugnisse aus Feuerstein, aber auch aus Elfenbein, Reithiergeweihen, tertiären Muscheln und Mammuthknochen, unter den letzteren eine Mammuthrippe, worauf ein einfaches, aber charakteristisches Ornament eingravirt erscheint. Diese Fundobjekte, welche sich sämmtlich in der prähistorischen Sammlung des Professors Mastka in Neutitschein befinden, wurden auf primärer Lagerstätte mitten im

ungeföhrten Löss gefunden und dokumentiren somit von Neuem die Anwesenheit des paläolithischen Menschen in Mähren zur Zeit der Lössbildung. Sie ergänzen wesentlich unser bisheriges Wissen von seinem Leben und Schaffen, liefern aber auch einen schätzenswerthen Beitrag zur näheren Kenntniß der quaternären Fauna aus der postglacialen Epoche.

Pariser Sitten. Der „Voss. Z.“ wird aus Paris geschrieben: Die Trunksucht hat eine neue Bereicherung erfahren. Wein, Bier, Liqueure aller Art, genügen dem überfeinerten — oder auch verwilderten — Geschmack nicht mehr. Derselbe fängt an, sich den alkoholhaltigen wohlriechenden Wässern zuzuwenden. Die Pariser Aerzte haben immer häufiger Fälle von Mädchen und Frauen zu behandeln, welche die alkoholhaltigen Niech- und Schönheitswässer trinken. Das bevorzugteste darunter ist das kölnische Wasser, welches bekanntlich zwischen 80 bis 90 Procent reinen Alkohol enthält. Begreiflicher Weise verheimlichen die Frauen diese Leidenschaft so viel und so lange es nur geht. Die Entdeckung erfolgt gewöhnlich erst, wenn es zu spät und die Gesundheit nicht mehr zu retten ist. Dieser Tage wurde ein Mädchen aus sehr reicher Familie, welches ganz unerklärliche Störungen und Nervenankfälle zeigte, beim Trinken von kölnischem Wasser überrascht, nachdem der Arzt angerathen hatte, es in ihrem Toilettenkabinet scharf zu beobachten. Das Mädchen trank in der Familie fast keinen Wein und nie Liqueur, weil dieselben ihr zu sad erschienen. Es ist so sehr dem Alkoholismus verfallen, daß eine Heilung nur durch jahrelange, strenge Behandlung möglich erscheint.

Der Zobel auf der Halbinsel Kamtschatka ist in beständigem Rückgang begriffen. Im Jahre 1878 wurden noch nahezu 5000 Zobel gefangen; im Jahre 1879 nur circa 3000, im Jahre 1880 nur 2821 und im 1881 gar nur 2300 Stück. Ebenso verhält es sich mit dem Fuchsfang. Die Kamtschatka-Zobel sind sehr gut, in Bezug auf Farbe stehen sie den sibirischen von den Flüssen Ud nur wenig nach und in Bezug auf wollige Dichtigkeit und Länge des Haares nehmen sie den ersten Platz ein.

Praktisch. Frau: Mein Männchen, mit unserer Köchin ist es nicht mehr zum Aushalten! — sie gebraucht jeden Tag mindestens drei Stunden, bis sie ihre Küche ausgeräumt hat. Hast sie indeß ihren Ausgehtag, ist sie in einer Stunde fertig! Mann: Dem ist leicht abzuhelfen; gib ihr jeden Tag die Erlaubniß zum Ausgehen.

Schiffsnachrichten.

Odenburg, 20. Juni. Ang. von Gislsteth: D. Valcer. Von Brate: Burmann. Von Bremen: J. Meyerdirk. Von Hamburg: C. Köster. — 21. Juni. Abg. nach Brate: S. Hansmann. Nach Edwarben: D. Valcer. Nach Bremerhaven: Burmann. Nach Brate: J. Grube, D. Drees. Nach Zetteniersiel: D. Schröder. Nach Bremerhaven: G. Edders. — 22. Juni. Ang. von Farge: D. Hays. Von Nordenhamm: W. Hansmann. Von Bremerhaven: G. Bolte, D. Sandersfeld.

22. Juni. Der Dampfer „Portugal“, Kapl. v. Neelen, ist heute von Lissabon weiter gefahren. Gislsteth, 21. Juni. Laut Telegramm via Aken ist die deutsche Bark „Johann Carl“, Biet, von dem Persischen Golf nach einer rasken Reise wohlbehalten in Mauritius angekommen und von dort nach dem Canal f. D. zu 35 sh. befrachtet. Brate, 21. Juni. Angelommen von Newcastle: Engl. D. Jütland, Marjhall. Von Danzig: Dtsch. Margaretha, Arnold. Von Frederikshald: Nv. D. Bremen, Hinrichsen. — Abgegangen nach Hamburg: Dtsch. D. Wilhelm, Homann. Bremen, 21. Juni. Der Postdampfer „Berlin“, Kapl. v. Cöllen, welcher am 10. Juni von Bremen abgegangen war, ist gestern 3 Uhr Nachmittags wohlbehalten Madeira passirt. — 20. Juni. Der Postdampfer „Siber“, Kapl. W. Willigerod, welcher am 11. Juni von Bremen und am 12. Juni von Southampton abgegangen war, ist heute 11 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen. Goltzenau, 18. Juni. Passirt von Fehmarn nach Odenburg: Catharina, Meyer.

Odenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht

Table with columns for 'gekauft' and 'verkauft' prices for various securities like Deutsche Reichsanleihe, Odenburger Consols, etc.

Bekanntmachung.

Es ist beim Magistrat Klage darüber geführt worden, daß Reiter wiederholt durch das ungezogene Verhalten der Schuljugend in gefahrbringender Weise belästigt worden sind.

Eltern, Vormünder und sonst mit der Aufsicht über Kinder betraute Personen werden daher dringend aufgefordert, ihre bezw. die ihrer Aufsicht unterstehenden Kinder nachdrücklich vor solchen Ungezogenheiten zu warnen und denselben nach Kräften entgegenzuwirken.

Ebenso ist Klage darüber geführt, daß Reiter häufig von großen Hunden in sehr lebhafter Weise angebellt werden, ohne daß die Besitzer sich veranlaßt sehen, die Hunde abzurufen oder zu strafen.

Alle betreffenden Hundebesitzer werden daher ernstlich aufgefordert, ihre Hunde von derartigen Belästigungen berittener Personen kräftig abzuhalten, und werden dieselben ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie andernfalls die etwaigen unliebsamen Konsequenzen ihrer Veräumniß sich selbst zuschreiben haben werden.

Odenburg, den 18. Juni 1884.

Stadtmagistrat. v. Schrenck.

Bekanntmachung.

Das Ober-Erzbischof-Gebäude für den Bezirk der Stadtgemeinde Odenburg wird in diesem Jahre am

Montag, den 7. Juli d. J., Morgens 7 Uhr anfangend,

in dem Hause des Wirths Doodt „Zum grauen Kof“, Alexanderstraße 1 hiersebst, stattfinden. Die betheiligten Militairpflichtigen haben sich hierzu bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen und Nachtheile rechtzeitig einzufinden.

Odenburg, den 20. Juni 1884.

Stadtmagistrat. v. Schrenck.

Nachdem ein Polizei-Reglement für die Pferdebahn hieselbst erlassen ist, werden Exemplare desselben, soweit der Vorrath reicht, unentgeltlich in der Registratur des Rathhauses verabfolgt.

Odenburg, den 13. Juni 1884.

Stadtmagistrat. v. Schrenck.

Odenburger Pferdebahn.

Fahrpläne und Fahrkarten.

Block von 11 Stück — für Erwachsene zum Preise von 1 M. und für Kinder für 50 S. — sind zu haben bei:

- Herrn Kaufmann Nolte, Langestr., Freese, Langestr., Aug. Ohmstedt, Langestr., Th. Troebner, Langestr., W. Loewenthal, Ecke der Stau- und Aichernstr., H. Lane, Mittlerer Damm, Hoftraiteur Andrae, Mittlerer Damm,

Schulzeichen Hof-Buchhandlung, Herrn Kaufmann und Wirth Bruns, Donnerschwec, J. Bohlen, daselbst,

Frau Wittwe Wahlstedt, Donnerschwecstr. Nr. 3, sowie im Bureau der Gesellschaft, Langestr. 87.

Odenburg, 1884 Juni 21. Die Direction.

Kochmaschinen und Defen neuester Konstruktion, Kesselföfen, Schornföhnschieber, Dachfenster, Rohrdrat, Drahtnägel, Thür- und Fensterbeschläge, Ballastschaukeln, Heu- und Düngerforken, Spaten, eis. Hacken und Pfadschaukeln.

F. Nemmers.

Einfriedigungsdrat gewöhnlich und verz., Drahtgeflecht verz. und lak. in allen Breiten, Brücken, Tafel- und Familienwaagen, eis. und mess. geachtete Gewichte billigt.

F. Nemmers.

Kochgeschirre email. und verz., Dampf-töpfe, Messer und Gabeln, Caffee-mühlen und Brenner, Kohlen-, Volten- und Gesundheits-Plätteisen, Krümm-maschinen, Haarbesein, Schrubber, Hand-eulen, Malerpinsel, Weisquaste empfehle.

F. Nemmers.

Büttner & Winter, Annoncen-Annahme für die

Odenburger Landeszeitung

(bis 9 Uhr Morgens)

1. Mottenstraße 1.

Verleger, Herausgeber und Redacteur: C. Heffe. — Druck von Büttner & Winter in Odenburg.

Inserate

in sämtliche Odenburgische, Bremische, Hannoverische, sowie in alle andere auswärtige Blätter werden durch die

Annoncen-Expedition

(gegründet 1868),

von

Büttner & Winter in Odenburg,

unter Berechnung nach den Originalpreisen u. ohne alle Nebenkosten, prompt und discret vermittelt.

Auslenvoranschläge werden auf Wunsch gern vorher aufgestellt. — Zeitungs-Cataloge werden auf Verlangen gesandt und zwar gratis und franco.

Sämmtliche Behörden in Odenburg betrauen dieselbe mit der Vermittlung ihrer Inserate.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 28. Juli d. J., Nachmittags 4 Uhr, sollen auf dem in der Nähe des Artillerie-Exercierplatzes zu Bürgerfelde belegenen Stadtfelde 12 Abtheilungen Gras öffentlich meistbietend mit Zahlungssfrist verkauft werden.

Odenburg, den 20. Juni 1884.

Stadtmagistrat. v. Schrenck.

Ankunft und Abfahrt der Züge auf Station Odenburg.

Table with columns for 'Ankunft' and 'Abfahrt' times for various routes like Bon Wilhelmshaven, Bremen, Nordenhamm, etc.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Emma Früstück, geb. Neßlage, Wilhelm Richnow, Lüningen, Neu-Nudnit bei Berlin. — Louise Fangmeier, August Hartmann, Odenburg. — Adele v. Münster, Johannes Töbelmann, Deichhof bei Stollhamm, Deichhorst bei Delmenhorst.

Geboren: J. H. Wachtendorf, Hude, 1 S. J. F. Wittendorff, Bremen, 1 T.

Gestorben: Heinrich Georg Köster aus Gislsteth, Los Angeles, Californien. — Schulamtsrath H. Sankel, Sines bei Gislsteth. — Willi Linemann, Döbdingen. — Ant. D. Lüben's Töchterchen Gretchen, Byrmont. — Bernhardsine Wardenburg, Delmenhorst. — Schlachtermeister J. H. Alhorn, Brate. — Schiffszimmermann Hermann Georg Keßler, Brate. — Johann Müller, geb. Goltzwarden, Brate.